



Presseinformation

Nr. 619/2011

Kiel, Mittwoch, 14. Dezember 2011

Innen und Recht / Versammlungsgesetz

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Gerrit Koch: Grüne wollen Polizeimissstrauensgesetz

In seiner Rede zu **TOP 13** (Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Versammlungsfreiheit) sagt der innen- und rechtspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Gerrit Koch**:

„Ja, Schleswig-Holstein braucht ein eigenes Versammlungsgesetz. Und ja, das neue Versammlungsgesetz sollte liberal und rechtssicher sein. Aber nein, den Gesetzentwurf der Grünen brauchen wir nicht.“ Die FDP-Fraktion wolle ein Versammlungsgesetz, das den hohen Ansprüchen des Grundgesetzes gerecht werde und auf keinen Fall ein grünes Polizeimissstrauensgesetz. Ein gutes Versammlungsgesetz müsse für alle Bürger da und möglichst unbürokratisch sein sowie Demonstranten nicht als potenzielle Gewalttäter ansehen. Die Liberalen setzten dabei auf Rechtsstaatlichkeit und Eindeutigkeit, was der grüne Gesetzentwurf leider vermissen lasse, kritisiert Koch. Wer dauernd auf die Polizei als personifizierte Gegnerin schiele, verliere leider den Blick fürs Wesentliche.

„Der grüne Gesetzentwurf strotzt nur so vor unbestimmten Rechtsbegriffen, die vermutlich noch nicht einmal Rechtsbegriffe sind. So ist unter anderem die Rede von ‚einschüchternden Elementen‘ (§ 10), die vermieden werden müssten. Was damit gemeint ist, bleibt allerdings offen.“ Dies sei misslich, da ein Kritikpunkt am bisherigen Versammlungsgesetz des Bundes gerade dessen Auslegungsbedürftigkeit sei, die die Grünen nun noch förderten, kritisiert Koch.

Ironisch ergänzt er: „Das Tollste an dem Entwurf sind die unabhängigen Versammlungsbeobachter (§ 17). Die Grünen wollen organisierte Demo-Besucherguppen installieren und sogar die UNO einschalten. Ich wusste gar nicht, dass Deutschland schon zu den Problemstaaten unserer Welt gehört.“ Auch hier tauchten wieder unbestimmte Rechtsbegriffe auf. Fragen nach der Akkreditierung, den Voraussetzungen und der Definition zivilgesellschaftlicher Verbände blieben beispielsweise offen.

„Bei aller Kritik freue ich mich aber auf die Diskussion im Ausschuss. Wir Liberalen sehen uns gut gerüstet. Im Gegensatz zu den Grünen hat Schwarz-Gelb sowohl in Bayern als auch in Niedersachsen die fortschrittlichsten Versammlungsgesetze verabschiedet“, so Koch abschließend.